

Beschlussempfehlung und Bericht

Des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Hildebrecht Braun (Augsburg),
Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/2707 –**

Für eine sachgerechte Aufteilung wirtschaftspolitischer Zuständigkeiten

A. Problem

Nach ihrem Regierungsantritt hat die neue Bundesregierung durch Organisationserlass zahlreiche allgemeine, wirtschaftspolitische Zuständigkeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie an das Bundesministerium der Finanzen verlagert. Insbesondere werden seither die wirtschaftspolitische Berichterstattung sowie die wirtschaftspolitische Projektion zentral in der Zuständigkeit des Bundesministeriums der Finanzen erteilt. Hierdurch führen gesamtwirtschaftliche Analysen und die wirtschaftswissenschaftliche Forschung seit dieser Neuorganisation ein Schattendasein. Auch werden die wirtschaftspolitischen Aspekte der Europapolitik seit der Reorganisation nicht mit dem gebührenden Gewicht behandelt. Durch verschiedene Maßnahmen der Reorganisation soll die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der Bundesministerien spürbar verbessert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/2707

Mehrheitsbeschluss im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag solle beschließen,

den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2707 – abzulehnen.

Berlin, den 5. Juli 2000

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Dr. Ditmar Staffelt
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Ditmar Staffelt

I.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2707 – wurde in der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Februar 2000 zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie zur Mitberatung dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 63. Sitzung am 17. Mai 2000 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 15. März 2000 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 48. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Frak-

tionen CDU/CSU und F.D.P. sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

III.

Im Antrag wird darauf hingewiesen, dass die neue Bundesregierung bei ihrem Regierungsantritt durch Organisationserlass zentrale allgemeine, wirtschaftspolitische Zuständigkeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie an das Bundesministerium der Finanzen verlagert hat. Insbesondere wird auf die wirtschaftspolitische Berichterstattung die wirtschaftspolitischen Projektionen abgestellt, die seither zentral in der Zuständigkeit des Bundesministeriums der Finanzen erstellt werden. Auch wird darauf hingewiesen, dass wirtschaftspolitische Aspekte der Europapolitik seit der Reorganisation stiefmütterlich behandelt werden. Es wird betont, dass gesamtwirtschaftliche Analysen und wirtschaftswissenschaftliche Forschung seither ein Schattendasein führen. Durch verschiedene Maßnahmen der Reorganisation soll die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der Bundesministerien spürbar verbessert werden.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 5. Juli 2000 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/2707 – zu empfehlen.

Berlin, den 5. Juli 2000

Dr. Ditmar Staffelt

Berichterstatter

